

Volksstimme

Einzelnummer 30 Bzg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., G. Buchhausstr. 17.
Vertrag: 6802. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Rea.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Vertrag u. Expeditions-Halle Nr. 11. 1011. 27.
Fernr. 5407. Verlagsdirektion Berg u. R. 87573

Nr. 20 **Halle, Dienstag, den 25. Januar 1921** 5. Jahrgang

Die Versammlung der Weltbeherrscher.

Das Soziallieferungsproblem

Von Hans H. S.

Paris, 24. Januar. Havas meldet zur heutigen Eröffnung der Interalliierten Konferenz noch folgendes: Die Konferenz wird sich nach Erledigung der Entwaffnungsfrage mit der Frage der Kohlenlieferung beschäftigen, weil das betreffende Abkommen von Spa am 31. Januar abläuft und es sich für die Alliierten empfiehlt, bis dahin neue Entscheidungen getroffen zu haben, die Deutschland zu geeigneter Zeit mitgeteilt werden können.

Havas meint, die Anwesenheit Louis Dubois auf der Konferenz lasse darauf schließen, daß die Vorrechte des Reparationsausschusses vollständig aufrechterhalten würden und diesem die Aufgabe belassen bleibe, den gelamten Reparationsbeitrag festzulegen, der von Deutschland am 1. Mai 1921 geschuldet werden sollte. Wenn schließlich von den Alliierten eine Verkaufsumlage angenommen werden sollte, liege Grund vor anzunehmen, daß diese Lösung nicht vor der endgültigen Festlegung des Gehaltens der Alliierten eintreten werde.

Hingegen scheint es, daß man sowohl auf französischer wie englischer Seite für Zahlungsaussetzung besonnen, weil das betreffende Abkommen von Spa am 31. Januar abläuft und es sich für die Alliierten empfiehlt, bis dahin neue Entscheidungen getroffen zu haben, die Deutschland zu geeigneter Zeit mitgeteilt werden können.

Der Oberste Rat wird sich nach auch mit der sehr bedrückten finanziellen Lage Oesterreichs beschäftigen, und mit den Möglichkeiten, ihm zu helfen. Es liege also kein Grund vor der Annahme vor, daß die Orientfrage nicht verabschiedet werden könne.

Die Teilnehmer.

Paris, 24. Januar. Die erste Sitzung der Pariser Konferenz hat heute vormittag 10 Uhr begonnen. Es waren an der Ehre der Delegationen anwesend: für Frankreich Briand, unterstützt von Verhelot, für England Lloyd George und Lord Curzon, für Italien Graf Toraja und Reichsminister Bonin-Langare und Graf Della-Torretta, für Belgien Minister Jaspers und Lhuens, für Japan Graf Shi, begleitet von zwei Sekretären. Es wurde vereinbart, die Sachverhalte nach und nach bei den Fragen zu berufen, die denen sie ihre Ansicht zum Ausdruck bringen sollten. Die Frage der Entwaffnung Deutschlands wurde zuerst erörtert. Als technische Beiräte wurden alsdann in den Saal eingeholt, für Frankreich Kriegsminister Barthou, Marschall Foch, begleitet von den Generalen Veyrand und Kollet, für England Marschall Wilson und General Bingham, für Belgien General Maglins und für Italien General Marietti. Marschall Foch legte die Feststellungen des Berichtes des interalliierten militärischen Ausschusses von Versailles vom 13. Dezember 1920 zusammen und setzte alsdann die augenblickliche Lage Deutschlands hinsichtlich seiner Truppen und ihrer Bewaffnung auseinander. In einzelnen Punkten gaben die Generäle Bingham, Kollet und Marietti ebenfalls Aufklärung. Nachdem die Sachverhältnisse ihren Bericht erstattet haben werden die Regierungschefs zur Beratung der Angelegenheit zusammentreten.

Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß nach Erledigung der Entwaffnungsfrage die Frage der deutschen Kohlenlieferungen zur Behandlung kommen werde. Dann werde vielleicht die Orientfrage erledigt und erst nachher das Reparationsproblem in Angriff genommen werden. Wahrscheinlich werde die Konferenz bis Ende dieser Woche dauern.

Beratungen über Deutschlands Entwaffnung unter dem Vorsitz Kollats.

Paris, 24. Januar. Nach dem am Abend ausgegebenen amtlichen Bericht über die heutige Nachmittagsitzung hat die Konferenz bei der Beratung der Entwaffnungsfrage Deutschlands entschieden, daß die Sachverständigen für Meer, Marine und Luftschiffahrt sich morgen vormittag unter dem Vorsitz von Admiralal Hoch zusammenfinden sollen, um die Maßnahmen festzulegen, die durch Deutschland getroffen werden sollen, um die völlige Ausführung der Friedensvertragsklausel, betreffend die Entwaffnung durchzuführen. Die Sachverständigen sollen der Konferenz alsdann berichten.

Frankreich-italienische Vereinbarungen.

Rom, 24. Januar. (Frk. Ztg.) Der „Messagero“ erzählt aus Paris über die italienisch-französischen Wirtschaftsvereinbarungen, daß eine prinzipielle Einigung über ein Abkommen von einjähriger Dauer errichtet ist. Bezüglich der Rolle, die bewilligt Frankreich unter Ausschluß der deutschen Kohle, um Protekte Deutschlands zu vermeiden, Italien monatlich 100 000 Tonnen aus dem Saarbecken zum Inlandpreis. Von Eisen und Stahl liefert Frankreich zum Inlandpreis unter Vorbehalt auf einen Ausnahmefall ein Jahresquantum von 150 000 Tonnen. Das Quantum ist erhöht, wenn Italien mehr Kupfer, als vorgelesen ist, benötigt. Um Kohlen und Eisen zu erhalten, verpflichtet sich Italien, jährlich 35 000 Tonnen Kobalt, 50 000 Tonnen Eisenpulver, jährlich 35 000 Tonnen Kobalt, 50 000 Tonnen Eisenpulver einzuführen, die bedeutend höher sein als die

deutschen Preise. Alle genannten Wirtschaftsoperationen erfolgen durch ein zu errichtendes italienisches Konsortium.

Georgien und Sowjetrußland.

Tiflis, 24. Januar. (WZ.) Die georgische Regierung macht amtlich bekannt, daß die russische Sowjetregierung den am 14. November 1920 mit Georgien abgeschlossenen Handels- und Transitvertrag systematisch und in größtmöglicher Weise verletzt.

Durch diesen Vertrag hat sich die Sowjetregierung verpflichtet, dem Georgischen Staate monatlich eine Million Rubel Kupfer zu liefern im Umlauf gegen Steinfleisch, Lehmziegel, Holz und anderes Baumaterial aus Georgien. Mehr drei Wochen hat die Sowjetregierung die Vereinbarung eingehalten. Am 5. Dezember wurde die Lieferung von Kupfer eingestellt, und am gleichen Tage beschlagnahmte die Sowjetbehörden in Batumi die Eisenbahn, die von Tiflis nach Batumi verläuft, und am gleichen Tage beschlagnahmte die Sowjetbehörden in Batumi die Eisenbahn, die von Tiflis nach Batumi verläuft, und am gleichen Tage beschlagnahmte die Sowjetbehörden in Batumi die Eisenbahn, die von Tiflis nach Batumi verläuft.

Das georgische Ministerium des Auswärtigen „erhebt energischen Protest gegen diese Rechtsverletzungen der Sowjetregierung.“

Polnische Mißlichkeiten.

Berlin, 25. Januar. Die Warschauer Zeitung „Gospette Warszawa“ behauptet, daß schwere Mißlichkeiten zwischen den Polenern und den Kongreßpolen bestehen und teilt mit, daß die Polener Bevölkerung besonders über die Beamten aus Kongreßpolen erbittert ist. Auch ein Verhalten der zahlreichen kongreßpolnischen Offiziere ruft allgemeine Entrüstung hervor. Wie der Warschauer Berichterstatter der „Wol. Ztg.“ meldet, hat am meisten zur Entfremdung der Bevölkerung des ehemaligen preußischen Teilgebiets die allzu eilige Umorganisation Polens beigetragen.

Schwere Verluste der Griechen bei den Kämpfen in Kleinasien.

Paris, 24. Januar. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel sind über 2000 Grewandete von der griechischen Armee in Kleinasien in Konstantinopel eingetroffen. Es behauptet sich, daß die griechischen Truppen in Kleinasien schwere Verluste erlitten haben.

Holland und Deutschland.

Auf Einladung des Niederländischen Deutschen Wirtschaftsverbandes trafen in Hamburg etwa 40 hervorragende holländische Industrielle, Großhändler, sowie Magistratsmitglieder größerer holländischer Städte ein. Auch die holländische Presse ist durch eigene Berichterstatter vertreten. Sonnabend waren die Teilnehmer am niederländischen Tage in Hamburg in den Räumen der Handelskammer versammelt, deren Präses, J. S. W. Hoch, sie herzlich begrüßte und einer interessanten Rede über die deutsch-holländischen Beziehungen folgte. La den Deutschen in Antwerpen nur daß und daß und daß begreife, wolle Hamburg keine Abz. n lieber nach den holländischen Dänen ziehen, wo man Freundlichkeit und Entgegenkommen finde. Für die Holländer dankte J. J. V. V. Mitglied der Staaten von Nordholland. Er begrüßte das in Hamburg vorhandene Vertrauen zur Zukunft und sprach den Wunsch nach 6-fachen Bahnverbindungen zwischen Westholland und Hamburg aus. S. er Dr. J. J. V. V. ebenfalls Mitglied der Staaten von Nordholland, bezeichnete Holland und Deutschland als einen einheitlichen Wirtschaftsraum, der nicht zersplittern werde dürfe. Der Redner betrat die sich lang über den Weltfrieden, in dem sich langsam der Gedanke der Gleichberechtigung aller Völker, auch Deutschlands, durchziehe. Deutschland's Mitarbeit am Weltfrieden sei ganz unerschütterlich.

Wahltagessummen in O'ppe.

Zusammen der mehrheitssozialistischen Stimmen.
Deimos, 24. Januar. (WZ.) Bei den Wahlen zum lippschen Landtag wurden abgegeben:

Für die Deutschenationalen 17 600 Stimmen (bei den letzten Reichstagswahlen 18 000), für die Deutsche Volkspartei 15 200 (15 000), für die Demokraten 8 800 (8 600), für den Gewerkschaftsbund 4 400, für die Mehrheitssozialdemokraten 25 400 (23 000), für die Unabhängigen 2 400 (2 000), für die Kommunisten 3 400. Nach diesem Ergebnis ist die bisher im lippschen Landtag bestehende sozialistische Mehrheit gebrochen. Von 21 Abgeordneten entfallen auf die Sozialdemokraten 7, die Demokraten 2, die Deutschenationalen 5, die Volkspartei 4, die Gewerkschaften 1, die Kommunisten 1. Die Unabhängigen gehen ohne Mandat aus. Sie haben ihre Stimmen größtenteils an die Kommunisten verloren. 1 Mandat steht noch aus, bis die Ergebnisse der drei letzten Wahl, die zum 1. Mal in Deutschland durch Gruppe eingeführt ist, worden bekanntgegeben werden.

Die Verschleppungsstatistik, die der deutsche parlamentarische Reichswirtschaftsminister in der Soziallieferungsfrage werten läßt, rief endlich alle schaffenden Kräfte zu einem einmütigen Protest gegen diese Verletzung und Abkündigung ihrer eigenen Interessen auf den Plan. Doch der Ausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes eine Erklärung veröffentlicht, in der er tein Guaditen des in seiner Wehrheit für die Einmischung und gegen die Soziallieferung eigenemommen Reichswirtschaftsrates als für die Reichsregierung verbindlich anerkennen will, daß er weiterhin die sofortige Inbesohnahme der Wehrstoffe durch die Allgemeinheit fordert, ist nur der typische Ausdruck der Stimmung in den breiten Massen des Volkes. Wie schließlich die sogenannten Demokraten, die sich ihrem Parteibruder Goethen, den kapitalistischen Willkürherrscher durch ihre sozialistische Maßnahme in der Volkswirtschaft beschuldigen, das Recht vertragen, zeigt sich auch wieder in diesem Falle. Was wurde doch in dieser Hinsicht den Wählern vom 6. Juni Versprechungen gemacht! Die Repräsentanten der demokratischen Partei stellen die politischen Kräfteverhältnisse so dar, als ob es gar nicht bestehen könnten, warum die Wehrstoffsozialdemokratie und die Demokraten nicht schon längst in einer großen „Sammelpartei“ vereinigt wären, warum es zwischen diesen beiden großen Gruppen überhaupt noch zu Differenzen kommen konnte, da ja auch die Soziallieferung der dazu „reinen“ Betriebe forderten und gleich uns für die Durchführung der tonsequenten Demokratie eintraten.

Daß das Wort von den „demokratischen“ Sinne „reinen“ Betrieben ein volkswirtschaftliches Hindernis ist, wissen wir schon längst. Demisio schmerzlich sind wir darüber belehrt worden, wie es mit der Förderung der sozialen Demokratie von Seiten der Schifffahrt, Goethen, Demburg und befaßten ist. Es war der berühmte Kaniel, der zum Zwecke des Stimmengewinnes nach dem Winde geblüht wurde. Wehrstofflich vermuteten die Demokraten schon damals mit Recht, daß der Reichswirtschaftsrat im atuten Falle — wo wir es erleben — keinen Betrieb für jezt erklären würde und hofften dann sich mit folgenden Worten entzündigen zu können: Wir sind für vollkommene Soziallieferung der geeigneten Betriebe eingetreten; für das, was weiterfolgt, können wir nicht verantwortlich gemacht werden, denn — wie ein von höchster politischer „Klugheit“ erleuchteter länderlicher Demokrat sagte — wir sind zu schwach. Wehrstofflich sollte dieser Feind dadurch die Wähler aufzukammern, daß sie ihre Stimmen alle für die Demokratische Partei in die Waagschale warfen; er soll aber ein ziemliches Stück am Ziele vorbeigefahren haben. Es ist aber auch zu naiv, seine Zuküher mit der Behauptung, daß die Demokratische Partei zu schwach sei, um ihre Tendenzen durchzusetzen, abzuipfen. Der Herr muß offenbar vorausgesetzt haben, daß die Zuküher von dem Wehen der Koalitionsposition keine klaffe Abnung hatten, denn sonst hätte er zugehören müssen, daß in Anlehnung an die anderen Vorkämpfer eine Durchführung der Bergbau- und Soziallieferung sehr wohl möglich ist, daß aber auf Seiten der Demokraten der gute Wille zu dieser Initiative besteht, da ihre eigene Position vollkommen auf kapitalistischer Grundlage fußt.

Sollten aber dennoch in der Demokratischen Partei Elemente sein, die in dieser Frage, wie gewisse Ansichten vermuten lassen, Einigkeit besitzen und klarer sehen, so rufen wir ihnen zu: Die Rhodus, die falls! Ihr parlamentarische und volkswirtschaftliche Elemente des linken Flügels der Demokratischen Partei habt nun Gelegenheit, eure Gefinnung zu realisieren.

Jezt, da sich an manchen Orten ein gewisser Rückfall nach den Revolutionserwartungen Lermbar macht, glauben verschiedene bürgerliche Politiker ihre Rettungsversuche von damals, die durch gewisse Zugehörnisse an der Sozialismus die Sturmflut aufhalten wollten, verlegen zu können. Da ist es denn ungemein interessant, auf die schon in der mitteilungslosen Vera profizierten Soziallieferungs-systeme hinzuweisen und ihre Ansprüche von damals mit den heutigen Forderungen der bürgerlichen Soziallieferung gegenüber zu vergleichen. Denn kann vor dem Kriege sich selbst der preisliche Minister von Engelmer ein, daß die Notwendigkeit einer Lösung des Krieges von den kapitalistischen Betriebswirtschaften immer dringender wird. Dies ist doch bemerkenswert. Waren und sind diese Herren nicht selbst Mitglieder einer kapitalistischen, bürgerlichen Gesellschaft? Wenn sie aber trotzdem die drohende wirtschaftliche Krise, die sie durch den Krieg noch beschleunigt haben, nur durch Aufhebung der privatkapitalistischen Betriebswirtschaften weniger für dieses Gebiet beheben zu können glauben, dann muß ihnen die Überzeugung von der größeren Rentabilität des kapitalistischen Betriebes im Gegenstand zum sozialistischen doch nicht so ganz in Fleisch und Blut übergegangen sein.

Diese Feststellungen liefern uns wertvolles Material im Soziallieferungs-kampfe. Denn man glaubt nur nicht, daß diese ehemaligen, meist hochkaristatischen Regierung-

Partei-Angelegenheiten.

Große Frauenversammlung

Am Abend 8 Uhr in Wilhelms Hotel... Die Beschlüsse werden am Montag im Stadtsaal...

Aus dem Stadtsaal.

Am 25. Januar 1921.

Ständiger Vorstand.

Stadtsaalarbeiten. — Das große Spielplatzprojekt.

Die heutige Sitzung fand fast vollständig im Zeichen der Besprechung über den Spielplatzplan... Die Kosten für den Spielplatz werden auf 57.000 M. geschätzt...

Die heute steigende Zahl der Erwerbslosen macht es der Stadt zur Pflicht, für Arbeitsmöglichkeiten zu sorgen... Die Kosten für den Spielplatz werden auf 57.000 M. geschätzt...

Die heute steigende Zahl der Erwerbslosen macht es der Stadt zur Pflicht, für Arbeitsmöglichkeiten zu sorgen... Die Kosten für den Spielplatz werden auf 57.000 M. geschätzt...

Die Stadtschulratwahl.

Wie wir erfahren, sollen sich gestern die beiden vorgeschlagenen Kandidaten für Stadtschulratsposten dem Wahlspruch vorführen... Die Stadtschulratwahl wird am Sonntag stattfinden...

Kommunistische Zensur in der Volkspost.

Es haben immer zu lesen, die holländischen Unabhängigen... Die kommunistische Zensur in der Volkspost ist ein Zeichen für die Unterdrückung der Meinungsäußerung...

Der „Klassenkampf“ hatte am 10. Januar behauptet, unabhängig der Kampfspezifischer denuten ihre Arbeitszeit dazu, um für die Armen zu kämpfen... Die kommunistische Zensur in der Volkspost ist ein Zeichen für die Unterdrückung der Meinungsäußerung...

Der Stadtsaal... Die Beschlüsse werden am Montag im Stadtsaal... Die Stadtsaalarbeiten sind ein wichtiger Bestandteil der kommunikativen Arbeit...

Verammlung des Arbeiterparlaments. Selbst im Berlin nimmt in längeren, überhöht guten Ausführenden Stellung zu der Scheidung und Bewählung des Rates und die Stellung des Magistrats von Halle hierzu. Die Verbandsarbeiten — so führte er u. a. aus — sind arbeitslos. Denken wir nur an die Arbeitslosigkeit, das Disziplinarwesen der Arbeiter und Arbeiterinnen... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Natürlich verdrängen in der Distrikts verschiedene Leute die wichtige Lage des Arbeiterparlaments für eine kommunikativen Prozess... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

In letzter Stunde Auch diejenigen Oberschlesier.

Die nicht in Oberschlesien geboren sind, aber seit dem 1. Januar 1921 oder früher ununterbrochen dort gewohnt haben und auch dem 1. Oktober 1920 im Wahlbezirk sind, sind abstimmsberechtigt und wählen sich auch in die Wahlversammlung eintragen lassen.

Bereinigte Verbände heimattreuer Oberpfälzer.

Ortsgruppe Halle (Saale).

des Referenten, der mit Recht die Schuld an dem Vertriebenwerden der Arbeiter aus dem landwirtschaftlichen Gebietem... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Wing die Transportarbeiter... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

eine in der Tat gute Darstellung der Probleme. Er misst sehr gut die Größe der Preissteigerung nach, die vor allen Dingen in der wachsenden Finanzpolitik... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Zur Jubiläumsgemeinde. Von der Verwaltung des Zoologischen Gartens wird am 23. Januar d. J. die im Magistratsrat... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Kriegensollung bei der Volk. Die Zahlung der Militärrenten und der Sozialrenten und Unterhaltungen... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Be der Wahl zum Ratmannenrat am 16. Januar 1921 sind von den Kandidaten, die nur eine Wahlberechtigung eingereicht hatten, 40 gültige und 40 ungültige Stimmen abgegeben worden... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Den Arbeitern von Lebensgenossenschaften aus den Vereinigten Staaten von Amerika ist durch die amerikanische Vorkommnisse empfohlen worden, durch den Vermerk: „Wenn unbeschäftigt, für die Armen“ zu verfügen... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament... Die Arbeiterbewegung geht andere Wege, sie will kein Parteiparlament, sondern Volksparlament...

Theater, der Gesellschaft am Sonntag, den 20. Montag, den 21. ...

Veranstaltung der Volkshilfe findet am 9. Febr. (Vereinskollektion), am 11. Febr. ein ...

Geistlich Schwestern-Konvent. Der Konventrat für den ...

Provinz und Umgegend

Ablieferung der Volkshilfe

Die Nummer zum gestrigen Montag ist vergriffen. Die ...

Die Wohnzulagen im mitteldeutschen Bergbau

In den gestrigen Verhandlungen gaben die Unternehmer eine ...

1. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

2. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

3. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

4. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

5. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

6. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

7. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

8. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

9. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

10. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

11. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

12. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

13. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

14. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

15. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

16. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

17. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

18. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

19. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

20. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

21. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

22. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

23. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

24. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

25. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

26. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

27. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

28. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

29. Wie auf den Werken beschäftigt empfangene Arbeiter ...

Bitterfeld. Die Wählerinnen trugen im Restaurant ...

Verbleibt. Desseitliche Verammlung der ...

Beispiels. Am 24. B. 1. Letzer Tag zur Ausgabe ...

Uebung. Generalversammlung der S. P. D. ...

Schöne. Feld unter der Obrikeit. So ...

Paris. Scherbin. General-Versammlung der ...

Lebensmittel-Kalender. ...

Lebensmittel-Kalender. ...

Lebensmittel-Kalender. ...

Lebensmittel-Kalender. ...

lung findet am Sonntag, den 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr ...

Sozialer. ...

Sozialer. ...

Sozialer. ...

Sozialer. ...

Sozialer. ...

Sozialer. ...

Sozialer. ...

Sozialer. ...

Sozialer. ...

Es kann nicht profitlich sein, daß eine ...

Verhinderter Mitarbeiterklub

DFG

Die Wählerin

Blätter zum Wahlkampf in Preußen

Denk daran!

- Denk daran,** daß Millionen Menschen dem schrecklichen Morden zum Opfer fielen.
- Denk daran,** wieviel Krüppel ein kümmerliches Dasein fristen, wieviel Kriegsverletzte noch die Cigarette füllend.
- Denk daran,** daß Hunderte von Menschen, die ihren Verstand im Kriege verloren haben, in Irrenhäusern sind.
- Denk daran,** daß Tausende nie wieder das Sonnenlicht erblickten.
- Denk daran,** wie wir mit unseren Kindern gehungert haben und noch hungern.
- Denk daran,** daß Millionen Kinder den Vater entbehren müssen.
- Denk daran,** wieviel Frauen dem Kriege zum Opfer gefallen sind.
- Denk daran,** daß Millionen Kinder unterernährt aufwachsen als frante Menschen.
- Denk daran,** daß der Krieg unserer Jugend Verderben, Tod und Not gebracht.
- Denk daran,** wem wir all dieses zu verdanken haben.
- Denk daran,** daß die nationalstümlichen Parteien den Krieg gewollt haben.
- Denk daran,** daß nie wieder ein Krieg über uns hereinbrechen darf.
- Denk daran** und wähle am 20. Februar die sozialdemokratischen Listen!

Frauen und Landtagswahlen.

Von Paul Hirsch.

Den Rechten, die die Frauen durch die Revolution erlangt haben, stehen naturgemäß Pflichten gegenüber, Pflichten gegen sich selbst, gegen ihre Familie, gegen ihre Klasse. Für jede proletarische Frau muß das Wahlrecht zur Wahlpflicht werden, keine von ihnen darf interesselos beiseite stehen, wenn es gilt, durch die Abgabe des Stimmzettels den Kurs der künftigen Politik zu beeinflussen.

Gewiß ist durch die neue Reichsverfassung die Entscheidung über die Fragen der hohen Politik mehr noch als früher in die Hände des Reichstags gelegt. Gewiß haben die Zuständigkeiten der einzelnen Länder eine wesentliche Einschränkung erfahren. Aber auch so harren ihrer Lösung durch die Landesparlamente noch eine große Fülle von Aufgaben, an denen die Frauen ganz besonders interessiert sind, Aufgaben vor allem auf dem Gebiete der Kultur, der Erziehung und der Volksgesundheit.

Es kann den Arbeiterfrauen nicht gleichgültig sein, in welcher Weise die Länder die Einrichtungen zum Schutze der Jugend gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung gestalten, die zu treffen ihnen die Reichsverfassung auferlegt; es kann ihnen nicht gleichgültig sein, welche Maßnahmen die Länder zur Reinerhaltung, Gefundung und sozialen Förderung der Familie ergreifen, wie sie für die Bildung der Jugend sorgen, wie sie den Kampf gegen Volkskrankheiten führen, wie sie dem Wohnungselend zu Leibe gehen. Zu viel, ja, man möchte sagen, alles hängt von der Verwaltung ab, und mehr als einmal haben wir es in der Zeit vor dem Zusammenbruch erlebt, daß selbst solche Reichsgesetze, die einen gewissen freiheitlichen Geist atmeten und soziales Empfinden verrieten, in der Hand reaktionärer

mit ihrer Ausführung betrauter Organe in ihr Gegenteil verkehrt wurden. Es kommt eben weniger auf den Wortlaut eines Gesetzes, als auf die Art seiner Handhabung in der Praxis an.

Die preussische Verwaltungsreform ist über die ersten Anfänge nicht hinausgekommen. Zwar ist das Wahlrecht sowohl zu den Gemeindevertretungen, als auch zu den Kreistagen und Provinziallandtagen demokratisch gestaltet worden, jeder Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts hat die Möglichkeit, nach freier Ueberzeugung auf derselben Grundlage wie zu den Reichstagswahlen seine Stimme abzugeben. Ebenso sind bestimmte Grundsätze der Reform in der Verfassung festgelegt, vor allem der Grundsatz einer Erweiterung der Befugnisse der Provinziallandtage. Auch das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, Kreise und Provinzen ist verfassungsmäßig verankert. Aber das wichtigste, die Durchführung der Verwaltungsreform, ist verschoben, mit dieser Aufgabe wird sich der neue Landtag zu befassen haben. Und an dieser Reform sind die Frauen ganz besonders interessiert.

Die innere preussische Verwaltung ist von jeher der eigentliche Hort der Reaktion gewesen. Alle einflussreichen Stellen im Staate waren den Angehörigen einer bestimmten Klasse vorbehalten, unumschränkt und ungehemmt durch liberale Gesetze schalteten und walteten die Krant- und Schlotjunter, bis sie letzten Endes Preußen und Deutschland zugrunde regiert haben. Rechtlos war nicht nur der größte Teil des Bürgertums und die gesamte Arbeiterklasse, sondern auch alle Staatsbürger weiblichen Geschlechts. Und dieselben Kreise, die sich die Verwaltung des Landes angemahnt hatten, waren es, die die Gesetze schufen, nach denen das Land regiert wurde. Wer erinnert sich nicht des alten preussischen Dreiklassenparlaments mit seiner durch und durch reaktionären Mehrheit, die nichts für das Volk, sondern alles gegen das Volk getan hat?

Die Novemberstürme haben der Herrschaft dieser Gesellschaft, die das Volk in nomenloses Elend gestürzt hat, ein Ende bereitet. An die Stelle der Herrschaft einer Klasse ist die des gesamten Volkes getreten, die Demokratie hat sich durchgesetzt. Aber schon glauben die Gewaltthaber von ehedem wieder, daß ihre Zeit gekommen sei; an allen Ecken und Enden rühren sie sich, um die Errungenschaften der Revolution zu beseitigen, rüsten sie sich zu neuen Kämpfen gegen die Rechte und Freiheiten des Volkes. Diesen Angriff gilt es abzuwehren, und wenn der Reaktion auch ein wertvoller Bundesgenosse in der Zerspitterung und der Selbstzerfleischung der Arbeiterklasse entstanden ist, so darf man doch zu dem gefunden Bestand desjenigen Teils der deutschen Arbeiter, die trotz aller Erlebnisse der letzten Jahre den Sinn für die Bedürfnisse des Volkes bewahrt haben, das feste Zutrauen hegen, daß sie erkannt haben, wo der Feind steht.

Der Feind steht rechts. Das sollten in erster Linie die Arbeiterfrauen einsehen. Gelingt es der Reaktion zu liegen, so ist es vorbei mit der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter, vorbei mit dem Ausbau unserer Schulen zu wahren Bildungsanstalten für das Volk. Dann wird rückwärts revidiert, Frauen und Kinder werden wieder Ausbeutungsobjekte eines profithungrigen Kapitals.

Dieser Erkenntnis darf sich keine Arbeiterfrau, keine Mutter entziehen. Schulter an Schulter mit den Männern haben sie den Kampf zu führen um die völlige politische und wirtschaftliche Befreiung des Volkes. Die Sozialdemokratische Partei, die auch in den Stürmen des Krieges und in den Tagen des Zusammenbruchs ihren Grundfäden treugeblieben ist, die sich stets als die treueste Hüterin der Rechte des Volkes bewährt hat, bildet den Vortrupp des Heeres im Kampfe gegen die Reaktion. In ihren Reihen ist der Platz einer jeden Arbeiterfrau, die zur Erkenntnis ihrer Klassenlage erwacht ist.

Mahnung.

Wenn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch
schwankend gewinnt ist,
Der verneht das Uebel und leitet es weiter und weiter.
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet
die Welt sich. Goethe.

Neue Aufgaben.

Von Hedwig Wachenheim.

Die bürgerlichen Parteien haben gerade im Preussischen Landtag gezeigt, daß ihnen weniger an der Freiheit, als an der bürgerlichen Herrschaft in den Gemeinden liegt. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei aber will ihrem Programm nach die Hauptverantwortung für das, was in der Gemeinde geschieht, den Arbeiterräten der Gemeindebetriebe geben. Das darf nicht sein, nicht nur deshalb nicht, weil dann wir Frauen ganz ausgeschlossen würden, sondern weil nicht die Gemeindeglieder zum Vormund der gesamten übrigen Arbeiterschaft bestellt werden können. Der Wille der Mehrheit der Einwohnerschaft muß entscheiden, was frommt.

Solange die neuen Gemeindegesetze noch nicht durchgeführt sind, wird die Bestätigung der Magistratsmitglieder durch die Regierung und die Aufsicht des Staates über die Städte, die die Staatsregierung auszuüben hat, bestehen bleiben. Das wird eine ganze Weile sein, denn die Arbeiten an der neuen Stadt- und Landgemeindeordnung, am Gesetz über die Landesverwaltung und dem Zuständigkeitsgesetz werden Monate in Anspruch nehmen. Da muß dafür gesorgt werden, daß die Staatsregierung in dieser Zeit ihre Rechte nicht gegen die Städte, besonders gegen die Arbeiterstädte, ausübt, sondern sie in ihren sozialen Bestrebungen unterstützt. Die Staatsregierung wird von Ende Februar ab dem Willen der Mehrheit des neugewählten Landtags entsprechen. Darum, Sozialistinnen, wählt Sozialdemokraten in den Landtag, damit der in seiner Mehrheit sozialdemokratische Landtag eine Regierung seiner Gesinnung schaffen kann, die euch allen eine Behandlung der städtischen Angelegenheiten in eurem Sinne sichert!

Aber die Gemeinde ist ja nicht nur in ihrer Verfassung und in der Wahl ihres geschäftsführenden Kollegiums abhängig vom Staat, sie ist es in ihrer gesamten Tätigkeit. Wer in der Gemeindegliederung steht, weiß, daß die Gemeinde keine Aufgaben übernehmen darf, die der Staat für sich beansprucht, auch wenn er sie innerhalb ihres Gebietes nicht zu ihrer Zufriedenheit ausführt. Er weiß, daß sie sich bei der Erfüllung anderer Aufgaben an die Vorschriften von Reich und Staat halten muß. Wir Sozialdemokraten haben immer darauf gedrungen, daß z. B. Wohlfahrtsmaßnahmen durch Reich und Staat festgelegt werden, damit sie nicht auf große Gemeinden, wo unser Einfluß stark ist, beschränkt bleiben und kleine Gemeinden, besonders solche auf dem Lande, ihre Bürger ohne den notwendigsten sozialen Schutz lassen. So haben wir, als vor dem Krieg nur wenige Städte eine Arbeitslosenfürsorge hatten, ein Arbeitslosenreichsgesetz gefordert, das für alle Gemeinden, große und kleine, bindend sein sollte. So verlangen wir jetzt ein Reichsgesetz über den Arbeitsnachweis, die Jugendämter, die Armenpflege, um nur wenig zu nennen. Die volkshygienische Gesetzgebung soll zum Teil vom Reich, zum Teil von Preußen geregelt werden. Dann werden z. B. auch die Gemeindegliederungen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das Hebammenwesen nach den Bestimmungen des Staates gestaltet werden. Für die Kommunalisierung soll ein Reichsgesetz gegeben werden, so daß z. B. die Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung nur erfolgen kann nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes. Von diesem hängt es dann ab, ob die Gemeinde eine Meierei oder eine Brotfabrik, die an ihre Bürger liefert, dem Privatbesitzer nehmen und selbst verwalten darf und welchen Preis sie für die Enteignung zahlen muß.

Ich führe hier mit Absicht nur Gebiete an, die uns Frauen besonders interessieren, um den Frauen zu zeigen: All euer Fleiß, all eure Hingabe an die Arbeit in der Gemeinde zum Wohl der arbeitenden Klasse wird gehemmt, wenn ihr nicht eure politische Pflicht tut auch im Lande Preußen und im Reich! Hier wird die Entscheidung fallen über die Art, wie die Gemeinde ihre Aufgaben in der Wohlfahrtspflege, ihre Tätigkeit für die Volksernährung ausübt, wie sie die städtischen Wohlfahrtsämter, Berufsberatungsämter, Arbeitsnachweise und Wohnungsämter und deren

Tätigkeit gestaltet. Auch die Mittel zu all diesen Aufgaben erhält die Gemeinde nach der neuen Reichsfinanzgesetzgebung hauptsächlich vom Reich.

Darum, ihr Frauen, wenn ihr die Tätigkeit eurer Gemeinde zur Bekämpfung der Not zur Erleichterung der Lage der arbeitenden Bevölkerung fördern wollt, dann wählt am 20. Februar sozialdemokratisch! Sagt nicht: „Der Landtag hat ja nichts mehr zu sagen, die wichtigsten Entscheidungen sollen im Reichstag!“ Noch bleiben dem Landtage wichtige Aufgaben, sie sind im Hinblick auf die Gemeinde hier geschildert worden. Und dann wird ja doch die preussische Landtagswahl wichtig sein für die Politik, die im Reich gemacht wird. Wenn sich bei einer Wahl, an der $\frac{2}{3}$ des deutschen Volkes teilnehmen, zeigt, daß das Volk wieder eine vornehmlich soziale und demokratische Politik will, kann sich die Reichspolitik dem nicht entziehen, und dann erhalten auch die Gemeinden eine sicherere Grundlage für ihre Politik zum Wohl der arbeitenden Massen als bisher.

Darum, Frauen, zeigt am 20. Februar, daß ihr in der Arbeit der Gemeinde erzogen worden seid in sozialem Geist, zur Selbstverwaltung der Gemeinwesen, indem ihr sozialdemokratisch wählt.

Preußen, das selbstherrliche.

Von Erna Büsing.

Zugegeben, viele Frauen haben nicht die Zeit, tiefgründige Abhandlungen über Politik zu lesen, politische Veramlungen zu besuchen oder dergleichen mehr. Die Mühen und Lasten des täglichen Lebens, die tausenderlei Pflichten im Haushalt, namentlich wenn kleine Kinder zu versorgen sind, hindern sie daran. Und doch muß die Frau aus naiver Unbewußtheit aufwachen. Denn die Politik drückt dem Leben eines Volkes den Stempel auf und beeinflusst in ihren Auswirkungen so sehr das Dasein des einzelnen, daß es tatsächlich eine Selbstschädigung ist, an ihr unaufmerksam vorüberzugehen.

Zurzeit, da die Preußen wählen vor der Tür stehen, muß unser Hauptaugenmerk auf Preußen gerichtet sein. Das Preußen vor der Revolution kannte nur Untertanen, aber dem Obrigkeitstaate läutete November 1918 das Sterbeglöcklein. Preußen, dieses selbstherrliche Staatswesen, war unter der Königsherrschaft derart von seiner eigenen Vollkommenheit und Unfehlbarkeit überzeugt, daß es eben jedem Fortschritt, jeder freieren Regierung zum Hemmnis werden mußte. Die Geknechteten des Obrigkeitstaates aber waren die Arbeiter und die Frauen. Die Arbeiter und die Frauen gemeinsam, weil sie politisch gewaltsam entrechtet waren und die wirtschaftlich Schwächsten sind. Wer da in seinen Jugenderinnerungen trauert, wird gar allerliebste Dinge zutage fördern. Jetzt jedoch lautet die Verfassung: „Preußen ist eine Republik, Träger der Staatsgewalt ist die Gesamtheit des Volkes“.

Wähln leben wir nun in der Republik, das heißt in einem Volksstaate. Das ist eine Tatsache, welche die Frauen, wenn sie nur einiges Nachdenken aufbringen können, mit größter Freude begrüßen müssen. Im Verlangen nach unserm Eigenem, im Sehnen nach der Entwicklungsmöglichkeit der kommenden Geschlechter, können wir Frauen nicht anders, wie auf Tod und Leben der Republik verbunden sein. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie, also der Gleichberechtigung aller. Die Demokratie jedoch verlangt von ihren Anhängern ein persönliches Verantwortungsgefühl und verbürgt allen die Freiheit der eigenen Meinung. Aber aus dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit heraus zu handeln, das kann nicht anders, wie ganz nach dem Sinn der Frauen sein.

So gehen bei der Frau nun persönliche Gründe und Gründe der Weltanschauung Hand in Hand, wenn sie zu der Sozialdemokratie hält. Denn geht diese nicht mit erheblicher Rückenstärkung aus der Wahl hervor, dann kann der Gleichberechtigung gar leicht das Grablied gelungen werden. Das kann die Frau wahrnehmen, wenn sie nur ein klein wenig Verlethbarkeit besitzt. Denn äußerste Rechte sowohl wie äußerste Linke sind Anbeter der Gewalt und streben, teils offen, teils geheim, die Herrschaft durch die Gewalt an. Die Sozialdemokratie jedoch will die Freiheit, die Gleichberechtigung aller, als Erlola der Wahl, als einen bewußten Mehrheitsentscheid.

Darum können die Frauen eigentlich überhaupt nicht anders, wie zu der Sozialdemokratie halten, denn sie, die Jahrhundertlang unter einem Ausnahmegesetz gestanden haben, dürfen doch mit keiner Partei liebäugeln, der die Demokratie nicht heiliger Ernst ist. Das hieße Verrat an den eigenen Geschlechtsgenossinnen begeben.

Die politische Freiheit wurde den Frauen durch die Sozialdemokratie gegeben, nun ist es Pflicht und Schuldigkeit der Frauen, sich der Freiheit wert zu zeigen.

Und damit nicht wieder ein selbstherrliches Preußen ersthe, das seinen Untertanen den Fuß auf den Nacken legt, deshalb Frauen, haltet zur Republik, seid Erbschwestern des Volksstaates!

Wählt die Sozialdemokratie!

Partei!

Wer über den Parteien sich wählt mit stolzen Mienen,
Der steht zumeist vielmehr beträchtlich unter ihnen.

Frau keinem, der nie Partei genommen
Und immer im Crüben ist gleichkommen!
Doch wird dir jener auch nicht frommen,
Der nie darüber hinaus will kommen.

Halte fest an der Partei, wenn du ein Parteimann bist,
Aber unentwegt verleugne jeden Lügner und Sophist!

Als Gegner achte, wer es sei!
Strauchdiebe aber sind keine Partei.

Der alte Fritz.

Die Deutsche Volkspartei, die sich auf ihrem Preussentag ebenfalls zum Monarchismus bekannt hat, zitierte dort wiederholt den Geist Friedrichs des Großen herbei. Auch wir wollen ihn zitieren als Kronzeugen gegen die Monarchie.

In der Borerinnerung zur „Geschichte meiner Zeit“ schreibt Friedrich:

„Das Wort eines Privatmannes zieht nur das Unglück eines einzelnen Menschen nach sich; das Wort der Regenten aber eine allgemeine Not für ganze Nationen. (Siehe Wilhelm II.)“

In seiner Schrift „Ueber Regierungsformen und die Pflichten der Regenten“ sagt er:

„Die schlechte Verwaltung der monarchischen Regierungsform rührt von mehreren verschiedenen Ursachen her, die ihre Quelle im Charakter des Regenten haben.“

In einem Brief an d'Alembert schreibt Friedrich:

„Er brauchen nur zwei Regenten mit unruhigen Äpfeln in Europa zu sein, das ist hinreichend, um alles in Unruhe und Aufruhr zu bringen.“ (Siehe Will und Risi!)

In seinen „Betrachtungen über den gegenwärtigen Zustand des europäischen Staatenystems“ stellt Friedrich fest:

„Der beständige Grundlag der Fürsten ist, sich zu vergrößern, soviel es ihre Macht erlaubt. Und obgleich diese Vergrößerung entweder nach der Lage der Staaten oder nach der Macht der Nachbarn oder nach dem glücklichen Zusammenfluß der Umstände, verschiedenen und mannigfaltigen Abänderungen unterworfen ist, so bleibt der Grundlag nichtsweniger unveränderlich und die Fürsten lassen nie davon ab. Es kommt dabei auf ihren sogenannten Ruhm an. Mit einem Worte, sie müssen sich vergrößern.“

Dah Friedrich selbst diesem Zwange erlegen ist, der sein Pond in fortgesetzte furchtbare Kriege, zuletzt den Siebenjährigen führte, ist der beste Beweis der Richtigkeit seiner Worte.

Und du?

Im strömenden Regen auf lehmiger Straße wandert eine einsame Frau. Nur langsam geht sie vorwärts. Der Wind ist ein neckischer Gesell. Er gerzt und reißt an ihrem Zeug, als wollte er sie zurückhalten. Sie aber lehrt sich nicht daran. Mutig blickt ihr Auge nach dem fernem Ziele. In einer guten Stunde kann sie dort sein. Ein Lächeln huscht über ihr sonst so ernstes Gesicht. Im Geiste sieht sie sich im Versammlungsraum vor der wüßbegierigen Menge. Besonders die Frauen sind sehr aufmerksam. Und wie sie aufhören, wenn vor einer besseren Zukunft gesprochen wird. In fast allen Gesichtern ist die Entbehrung zu lesen. Da ist es aber auch kein Wunder, wenn am Schluß der Versammlung alle Mitglieder unserer Partei werden. Sie alle wollen heraus aus dem Elend, wollen ihren Kindern den Fluch der Armut ersparen. Und wie sie mutig sind.

In der Diskussion nach einer Versammlung hatte der Gutsbesitzer mit Strafe gedroht. Er will keinem, der unserer Partei angehört, das Land fertigmachen. Trotzdem kamen sie in Gegenwart ihres Brötheren und lassen sich bel uns einschreiben. Sie wissen, was sie tun. Sie fürchten nicht den Kampf. — — —

Ein wütendes Wellen schreut die einsame Wanderin aus ihren Gedanken. Wenige Schritte vor ihr steht der „Gewaltige“, an den sie eben dachte, mit seinem Hunde. Jetzt erst wird sie gewahrt, daß sie von der Straße abgelenkt ist und auf einem „Nichtweg“ geht. Aus alter Gewohnheit wollte sie sich auch heute, wie so oft den Weg verkürzen, indem sie den „Nichtweg“ einschlug, der über das Gehöft des „Gewaltigen“ führte. Bistlang war sie immer unbehelligt über den Hof gekommen. Diesmal sah sie der Bestizer ab. Mit erhobenem Arm wies er sie stumm zurück. Aus seinen Augen loderte der Haß. Am liebsten hätte er den Hund auf sie gehetzt. In ihren Augen muß aber etwas gestanden haben, was ihn davon abhielt.

Er rief den marrenden Hund zurück und ging auf sein Gehöft zu. Lange stand die Frau und schaute dem „Menschenfreund“ nach. Dann wandte sie sich kopfschüttelnd zum Gehen. Ein Umweg von einer halben Stunde stand ihr nun bevor. Was schadet das? Würde sie doch, daß sie trotz der Abwehr heute noch zum Ziele gelangte.

Mutig schritt sie aus, und bald war sie am Ort. Freundlich wurde sie von ihren Gesinnungsgenossen aufgenommen. Vergessen war der weite Weg, der Regen. Unvergessen aber war die häßliche Begegnung. Wenn der „Gewaltige“ glaubte, die Verkünderin des Sozialismus zu vertreiben, so irrte er sich. Seine Abwehr gab ihr Mut, und doppelt sprachen an jenem Abend ihre Worte den Anwesenden zu Herzen. Todmüde, aber befriedigt von der Arbeit, sank sie an jenem Abend in die Kissen und schloß den wohlverdienten Schlaf. — — —

Und Du, Genossin? Was hast Du bislang für unsere Sache getan? Hast Du schon einmal darüber nachgedacht, wie schwer es unsere Genossinnen haben, die als Rednerinnen hinausgehen? Ja? Du weißt das und hast doch immer still zugehört? Du weißt nicht, was ich will?

Du bist Genossin, liest die Zeitung, das genügt Dir? Ich kann es kaum glauben. Du hast die schwere Not des Krieges mitgemacht, hast Deine Kinder dahinsiechen sehen und bist zufrieden? Der 20. Februar ist der Tag, an welchem Du zeigen kannst, was Du aus dem schrecklichen Kriege gelernt hast. Aber vorher sollst Du es jener Frau nachmachen, die ich Dir als Vorbild schilderte: Du sollst Verkünderin des Sozialismus werden. Nicht auf die Landstraße schick ich Dich; aber in Deine Nachbarschaft. Dort gibt es sehr viel Arbeit. Befehre recht viele zu unserem Glauben. Wir Frauen können bei den preussischen Landtagswahlen am 20. Februar ein Teil dessen wieder gutmachen, was das deutsche Volk bei den Reichstagswahlen am 6. Juni verfehlte hat.

Rinnä Lubig.

Befreiung.

Eine Kraft ist in mir freigeworden, die mit eisernen Ketten seit Jahrtausenden gebunden lag. Gebunden in mir.

Eine Kraft, die ich mit flammender Seele erstrebt und mit brennenden Tränen überren habe.

Eine Kraft nach der meine Sehnsucht durch schwarze Höhlen suchen gegangen und auf bereifte Gipfel gestiegen ist.

Eine Kraft, die mich in des Mannes Arme getrieben und auf meine verdärenden Lippen den Schrei gelegt hat: „Der — gib!“

Aber die schwarzen Höhlen waren bebaut von Schlangen und Ungetier, und auf den Bergen waren alle Kräfte tot. Und der Mann gab mir wohl auf meinen zitternden Fuß; gleichzeitig aber nahm er auch von mir. Und da ich genauer zuseh, erkannte ich, daß dem viel mehr war, daß er mir genommen, denn das er mir gegeben hatte.

Da stieg ich hinab in die Finne des Elends. Und als ich am Schmerzenslager des Weibes stand, was keine Milch in den Brüsten hatte, und nicht wußte, womit es sein Kindlein nähren sollte und das dennoch auf das Neugeborene mit einem leuchtenden Blick hernieder sah, in dem eine Welt von Kraft lag: — Da fühlte ich ein verwandtes Erwachen und etwas frei werden in mir und los von einem ungeheuren Raum.

Und alle Ebnische war von mir genommen wie der Morgentau von der Mittagssiene.

Da erkannte ich, daß es die Kraft war, die ihre Schwingen in mir regte. Die Kraft, nach der ich treud, blutend und blind die vielen Jahrtausende lang gesucht.

Und die Kraft in meinem Herzen hob ihr Haupt empor und rih meine Seele mit sich hinaus in eine reine, blaue, klingende Welt.

Ich nahm die Laute in meine Hände und sang. Sang von den Mäiden des Weibes die meine Ketten zerbrochen hatten und mich das Schaffen gelehrt. Clara Müller-Jahnke.

Neue Kraft den Mäiden.

Die Sozialdemokratie giebt neue Kräfte den Mäiden ein. Sie läßt ein neues Licht erstrahlen, weckt neue Lebensquellen auf. Sie ist tätig, unermülich, unwiderstehlich. Sie schafft Bahn da, wo des Armaides Gestrüpp jedem früheren Vordrängen getroht, sie spaltet Felsen und trägt Berge ab, sie füllt Täler aus und läßt Ströme versiegen. Krummes macht sie gerade, Unebenes glatt, Verdorbenes gesund. Wunderst du dich darüber? Siehe, sie glaubt nicht an die Macht des Bösen, das macht sie so stark. Der Geist Gottes weht über ihr. Pfarrer Kutter („Sie müssen“).

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verbannt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern? August Bebel (Die Frau und der Sozialismus).

Verhinderter Mutterschutz.

Von Gina Ege.

In vielen Versammlungen, in Eingaben von Ärzten, Hebammen, Hebammenverbänden, auf Hebammentagungen wurde laut und deutlich der Ruf nach einer gesetzlichen Hebammenreform immer und immer wieder erneut hervorgebracht.

Der bevölkerungspolitische Ausschuss der verfassunggebenden Landesversammlung hielt es deshalb für seine Pflicht, der Regierung Richtlinien zu unterbreiten als Unterlage für die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes. Diese wurden schon am 10. Juli 1919 von der Volksversammlung in der 48. Sitzung einstimmig von allen Parteien gutgeheißen.

Die Berichterstatterin, Abgeordnete Frau Heßberger (3.), betonte ausdrücklich, alle Mitglieder des Ausschusses seien darüber einig, daß die großen Mißstände auf dem Gebiete des Hebammenwesens sehr bald durch ein Gesetz beseitigt werden müßten. Auch der ärmsten Frau müssen wir die Gewähr bieten, daß sie von einer wirklich gut ausgebildeten Hebamme in ihrer schweren Stunde Hilfe findet. Ist es doch Pflicht des Staates, für auskömmlichen Schutz für Mutter und Kind zu sorgen. Art. 119 der Reichsverfassung sagt ausdrücklich:

„Die Keinerhaltung, Gefundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinde. Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates.“

Die Regierung legte dann am 23. September 1920 dem Haußeinen Gesetzesentwurf vor, der dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen wurde. In langer, intensiver Tätigkeit wurde dieser Entwurf umgearbeitet, so daß nur wenig vom Regierungsentwurf übrig blieb. Alle Mitglieder des Ausschusses sind davon überzeugt, daß auch dieser Entwurf weder die Hebammen noch die Mütter voll befriedigen kann. Doch wir mußten Rücksicht nehmen auf die Finanzen des Staates.

Auch die Gehälter der Hebammen sollen erhöht werden, wenn die Ausgleichszuschläge für die Beamten erhöht werden. Die Mißstände liegen immer wieder an unserer elenden Finanznot. Ein Gesetz ohne Deckungsumterlagen konnte nicht geschaffen werden; der Regierungsentwurf erhielt von alledem nichts. Die Regierungsvertreter suchten nun Schutz bei ihrem Minister, Herrn Stegerwald, und siehe da, das wirkte:

Mit an den Haaren herbeigezogenen, in sich selbst zusammenbrechenden Begründungen bemühte sich nun auf einmal Frau Abgeordnete Heßberger (3.), das Gesetz in seiner jetzigen Fassung für undurchführbar zu erklären, dieselbe Abgeordnete, die vor einem Jahre warm für die schnelle Durchführung sprach. Unterstützt wurde das Zentrum von der deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen. In diesem Sinne arbeiteten auch die Vertreter dieser Parteien in dem Vorkommensausschuss. Man ging dort sogar so weit, zu sagen, es sei schon mancher Entwurf in den Papierkorb gewandert; dieses Gesetz habe keine Eile. Uebrigens ein nettes Geständnis für die wahre Gesinnung dieser drei Parteien!

Nach dem Gesetz sollen die Hebammen künftig die Bioniertruppen werden, die ihren Einfluß auf die gesamte Frauenwelt benutzen, um die gesundheitliche Belehrung in alle Kreise zu tragen.

Die Hebamme wird deshalb einheitlich im Dienstvertrag angestellt. Der Regierungsentwurf sah drei Arten von Hebammen vor: Beamte, Angestellte und frei Praktizierende. Gerade das mußten wir im Interesse der Allgemeinheit verhindern. Anstellungsbehörde sollen die Provinzialverbände werden. Wollen wir den Hebammenstand tatsächlich heben, so müssen wir gleich großzügig vorgehen. Selbstverständlich soll dem Kreise eine Mitwirkung bei allen Fragen gewährleistet werden. Heute besteht bereits die gesetzliche Bestimmung, daß der Provinz die Ausbildung und Fortbildung der Hebamme obliegt. Der Direktor der Hebammenlehranstalt soll erwägen, ob die Hebamme für städtische oder ländliche Bezirke geeignet ist, ob sie besser am Sitze des Kreisarztes oder in Bezirken, wo bereits viele Hebammen sind, verwendet werden soll. Bei Beförderungen, die unter Umständen möglich werden, kann die Provinz den Austausch besser vornehmen. Auch bei Beurteilungen kann sie eher einen Austausch ermöglichen. Schwierigkeiten werden bei einer Anstellung von 17 500 Hebammen immer entstehen, ob der Kreis oder die Provinz die Anstellungsbehörde wird. Da sollen die Provinzialverbände die erforderliche Zahl von Hebammen anstellen. Es wird dann nicht mehr vorkommen, daß — wie die Statistik uns lehrt — unendlich viele Mütter ohne Hebammenhilfe gebären. Nur einige Zahlen hierüber zeigen uns ein trasses Bild. Ohne Hebammenhilfe kamen nieder 36 Proz. in Bromberg, 25 Proz. in Allenstein, 18 Proz. in Marienburger und 20 Proz. in Berlin.

Die freie Wahl der Hebammen wollte das Gesetz dadurch sichern, daß in den Bezirken mehrere Hebammen angestellt und selbstverständlich prozentual verteilt werden. Kommen in ländlichen Kreisen nur 12 Geburten im Jahre vor, so kann man dort auch keine 2 Hebammen anstellen. Daß auch die Stadt in Bezirke eingeteilt werden muß, ergibt sich aus dem ausgedehnten Städtcharakter von selbst.

Es kann nicht praktisch sein, daß eine Hebamme aus dem Osten im Westen entbindet, deshalb die Bezirksenteilung.

Der vierte Absatz des Gesetzes behandelte die Pflichten der Hebammen. Er ordnete dabei auch die Frage des Nebenberufs, der in Zukunft ganz fortfällt. Der § 10 sagte deutlich, daß die Mitwirkung bei der Säuglingsfürsorge verlangt wird, also muß in Zukunft auch die Ausbildung eine dementsprechende sein.

Selbstverständlich muß das Dienstverkommen dem Beruf entsprechend sein, und man erkannte auch an, daß ein Grundgehalt von 3600 M. niedrig bemessen sei. Aus diesem Grunde wurde ein Zuschlag bis zu 100 Proz. des Grundgehalts, je nach dem Lebens- und Arbeitsverhältnissen des Arbeitsgebietes, in dem die Hebamme tätig ist, vorgesehen. Ebenso erhalten die Hebammen eine Teuerungszulage, die sich nach den Ausgleichszuschlägen der Beamten richtet.

Für die große Zahl der Hebammen wäre diese Neuordnung ein großer Fortschritt. Man sehe sich nur einzelne Verträge aus Landgemeinden an, sie sind geradezu empörend! Mir liegt ein Vertrag aus Alsfeld in Hessen vor, da ist ein Jahresgehalt von 120 bis 200 M. vorgesehen, unterschrieben am 9. Juni 1910; ein anderer Vertrag, der 1000 M. pro Jahr vorsieht, aus dem April 1920!

Für jeden Stadt- und Landkreis ist eine Kreishebammenstelle einzurichten; diese besteht aus dem Gemeindevorstand, Kreisarzt, 2 Bezirkshebammen, 2 Müttern und 1 Vertreter der öffentlichen Krankenversicherung.

Diese Zusammensetzung entspricht den Wünschen der Hebammen wie denen der Mütter. Bei allen wichtigen, das Hebammenwesen des Kreises betreffenden Fragen muß diese Behörde gebört werden. Die Provinzialhebammenstelle ist Beschwerdeinstanz gegenüber den Verwarnungen und Berufungsinstanzen in Verfassungsfragen.

Für jede Geburt ist eine Gebühr zu bezahlen, je nach der Höhe des Einkommens und der örtlichen Verhältnisse. Nach Möglichkeit sollen die Gebühren oder Teile der Gebühren durch die Kassen direkt abgeführt werden. Um das zu ermöglichen, bedürfte es einer Änderung der Reichswochenhilfe, die inzwischen erfolgt ist im Einverständnis der Vertreter der großen Krankenkassenverbände.

Der Staat braucht Kinder; der Mangel an wirtschaftlichen Mitteln zu ausreichender Fürsorge bedeutet nichts weniger als das Todesurteil für Tausende von Wöchnerinnen, Hunderttausende von Säuglingen, die andernfalls zu gesunden und wirtschaftlich tüchtigen Volksgenossen herangezogen werden können. 10 000 Mütter sterben noch jährlich im Wochenbett. Setze eine gründliche Hebammenreform ein, retten wir diese 10 000 Mütter.

Trotzdem für die Annahme des Gesetzesalles bereit war, ja, trotzdem das Gesetz in zweiter Abstimmung bereits angenommen war, gelang es den Deutschnationalen, Deutschvolksparteilern und einem Teil des Zentrums, die Annahme des Gesetzes in dritter Lesung zu verhindern, in dem sie durch Stimmenthaltung die Landesversammlung beschlußunfähig machten!

Bei diesen Parteien haben sich die preussischen Frauen und Mütter zu bedanken dafür, daß ihnen im letzten Augenblick der Mutterchutz verhindert wurde!

Mögen die Frauen am 20. Februar den reaktionären Parteien die Quittung ausstellen durch die

Wahl von Sozialdemokraten!

Der Wert des Stimmrechts.

... Mit dieser erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechts war aber eine ganz neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten, und diese bildete sich rasch weiter aus. Man fand, daß die Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Landbahnen bieten, vermittelt deren die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann. Man beteiligte sich an den Wahlen für Einzellandtage, Gemeinderäte, Gewerbe- und Gewerkschaften, man machte der Bourgeoisie jeden Widerstand streitig, bei dessen Beizung ein genügender Teil des Proletariats mitmach. Und so geschah es, daß Bourgeoisie und Regierung dahin kamen, sich weit mehr zu fürchten vor der gesetzlichen als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion.

Friedrich Engels (Borrebe zu Wagg: „Die Klassenkämpfe in Frankreich“).

Sprüche.

Immer strebe zum Ganzen, und kannst du selber kein Ganzes werden, als die eines Glied leibst an ein Ganzes dich an.

Schiller.

Wie groß für dich du lebst, vom Ganzen bist du nichtig; Doch als des Ganzen Glied bist du als Kleinestes wichtig.

Madert